

Nebraner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erhebt wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Eamerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Wöging (vorm. Wm. Weis), Markt 24/25
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bantverein Artorn.

№ 120

Donnerstag, den 6. Oktober 1932.

45. Jahrgang

Hindenburg im Rundfunk

Dank für die Glückwünsche. — Aufruf zur Einigkeit und Opferbereitschaft.

Berlin, 5. Oktober.
Reichspräsident von Hindenburg sprach im Rundfunk seinen Dank für die Glückwünsche zum 85. Geburtstag aus. Die Ansprache des Reichspräsidenten, die auf alle Sender übertragen wurde, lautet:

„Zur Vollendung des 85. Lebensjahres sind mir aus allen Teilen des Reiches und auch von den Deutschen fernöstlichen Grenzgebieten zahlreiche Glückwünsche zugegangen. All diese Grüße und Gaben von Groß und Klein, von Reich und Arm haben mich tief gerührt. Ich habe viele dieser Feiern persönlichen Gedankens zugleich als Beweis treuer vaterländischer Gesinnung und Verbundenheit begrüßt.

Mit besonderer Befriedigung habe ich auch davon Kenntnis erhalten, daß der Reichstag sich in der gleichen Weise unter Grenzgebirgsbewohnern Kameraden und ihren Hinterbliebenen in Fällen der Not bisher so feinsinnig gehalten hat, guten Willen gefunden und neue Mittel zu diesem Zweck erbracht hat. So danke ich denn heute von ganzem Herzen allen, die meiner Gedacht, die in meinem Sinne vielen Bedürftigen Hilfe gebracht und die mich durch das Gedächtnis treuer Mitarbeiter am Wiederaufbau des Vaterlandes erfreut haben.

Wir stehen vor schweren Aufgaben. Nach außen ringen wir um unsere Freiheit und unser Recht, im Innern um Arbeit und Brot. Nach wie vor wird es mein Ziel sein, als gerechter Schlichter des gesamten Volkes, über den Parteien stehend, alle Deutschen hierfür zusammenzuführen. Ich baue dabei auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes, dessen Geschichte lehrt, daß es sich auch in früheren Zeiten der Not und Gefahr eine Hilfe hinter eine Hand und von nationalem Willen bewiesene Führung gefehlt hat. Es geht nicht um die Aufzählungen und Wünsche von Parteien, Gruppen und Parteien, es geht um das Vaterland, es geht um Deutschlands Zukunft! Dies zu dienen, für sie Opfer zu bringen, muß der Wille jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau sein. Was in diesem Geiste nicht mehr Recht und Gerechtigkeit hat die beste Geburtsstunde bereitet. In diesem Sinne: Vorwärts mit Gott!

Sicherung des Wahlkampfes

Preussischer Rundschreiben.

Berlin, 5. Oktober.

Der preussische Innenminister weist in einem Rundschreiben die nachgeordneten Behörden aus Anlaß der Reichstagswahl am 6. November auf folgendes hin:

„Die Polizei hat durch vorbeugende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Wahlvorbereitungen und der Wahl selbst ungehindert vor sich gehen. Allen Deutschen, Wahlvorbereitungen oder die Wahlhandlung zu stören, und dadurch die in der Verfassung gewährte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, ist auf das Schärfste untersagt.

Die Verordnungen und präventivgesetzlichen Bestimmungen der Landesverordnungen behalten auch während der Wahlzeit volle Geltung. Bei ihrer Anwendung ist alles zu vermeiden was den Anschein feindseliger oder unterschiedlicher Handhabung hervorruft können.

Der in laßlichem und anständigen Rahmen gehaltene Wahlkampf darf nicht behindert werden.

Gegen Verletzung und Terror, gegen Beschimpfungen aller Verordnungen ist dagegen von den zur Verfügung stehenden politischen Handhaben in vollem Umfange tatkräftig Gebrauch zu machen.

Die Polizeiverwalter haben, sobald Anlaß zur Verhängung besteht, daß es zu erheblichen Störungen kommen könnte alle zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gebotenen Maßnahmen zu treffen und nötigenfalls rechtzeitig die Bestellung der erforderlicher Polizeikräfte zu beantragen. Bei Verordnungen größeren Umfangs, zu denen auswärtige Teilnehmer erwartet werden, ist auf geeignete Sicherung der Anmarschwege zu achten. Zur Überwachung und zum Schutz der Wahlpropaganda auf dem Lande eignen sich besonders Streifen der Landjägerei auf Dienststrassen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß für den Fall unerwarteter größerer Ausschreitungen an den zuständigen Schutzpolizeidirektionen genügend starke Polizeikräfte abrufbereit sind.

Verordnungen auf Zufahrtswegen sind nicht mehr mit früher anmeldepflichtig. Soweit sie die Form des Aufzuges annehmen, wären sie wegen des damit zwangsläufig verbundenen politischen Charakters verboten. Im übrigen fallen sie gegebenenfalls von den Polizeibehörden beizugehen und verboten werden.

An dem Rundfunk wird dann weiter darauf hingewiesen, daß bei Störungen von Verordnungen durch politische Gegner, die sich frühzeitig in großer Zahl im Versammlungsort eingefunden haben, die Verantwortlichen bei der Bekämpfung ihres Hausrechts zu unterstützen ist die Aufhebung der Verordnungen müsse immer das letzte Mittel sein. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Wahlverhandlungen — so heißt es dann weiter — haben sich auch:

Schweren freies Durchschlagen nach Waffen bei den Verordnungsbesuchern gut bewahrt.

Eine ernste, nachdrückliche Warnung muß an die Parteien und politischen Organisationen gerichtet werden, daß sie ihre Anhänger von Störungen und gewalttätigen Be-

hindernungen von Versammlungen Andersgänger zurückhalten. Parteien und Organisations, deren Anhänger gleichwohl offenbar planmäßig die Versammlungstätigkeit ihrer politischen Gegner in ungehöriger Weise behindern und stören, müssen damit rechnen, daß aus ihrem Verhalten möglicherweise auf Umstände geschlossen werden kann, die ein vorübergehendes Verbot der von ihnen selbst geplanten Versammlungen rechtfertigen würden.

Bei Prüfung der Frage, ob bei Plakaten, Flugblättern und Flugchriften der Tadelband der Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegeben ist, ist zu berücksichtigen, daß es nicht auf die Absicht des Urhebers, sondern auf den Eindruck ankommt, den der Durchschnittsleser erhält, und daß während dieses Wahlkampfes der Fall der anreizenden Wirkung viel eher gegeben sein wird als in politisch ruhigen Zeiten.

Der Minister ermahnt die Landespolizeibehörden, die Führer der politischen Parteien und Organisationen in persönlicher Führung und mündlicher Beipredung auf die erlassenen Vorschriften hinzuweisen und ersucht, daß auch von den Parteien alles geschieht, um Störungen des Wahlkampfes, Zusammenstöße und Ausschreitungen auszuschließen.

Auswärtiger Ausschuss einberufen

Ein Dreizehner, der vorausging.

Berlin, 4. Oktober.

Auf heute vormittag 11 Uhr wurde der Auswärtige Ausschuss des Reichstages von seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Dr. Frid (Nat.-Soz.), einberufen. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Lausanner Verhandlungen.

Vor der Ansetzung des Termins hat zwischen dem Ausschussvorsitzenden Dr. Frid und dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath ein Briefwechsel stattgefunden. Dr. Frid hatte folgendes Schreiben an den Minister gerichtet: „Sehr geehrter Herr Minister! Verliebene Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die Einberufung des Ausschusses beantragt. Ich würde mir wünschen, daß die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage des Reiches Wert darauf legt, mit dem Auswärtigen Ausschuss in Verbindung zu treten, um womöglich eine Stützpunkt für ihre Politik zu finden. Ich benötige daher, den Ausschuss auf Dienstag, den 11. Oktober 1932, vormittags 11 Uhr einberufen mit der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen in Lausanne, über die Abrüstungsfrage und über die Völkervereinigung.“

und bitte um Mitteilung, ob der Herr Reichsaussenminister bereit ist, in dieser Sitzung des Ausschusses zu erscheinen. Mit vorzüglicher Hochachtung ge. Frid.“

Der Reichsaussenminister hat darauf folgende Antwort erwidert: „Sehr geehrter Herr Dr. Frid! Ich beehre mich, den Ausschuss am 11. Oktober 1932, vormittags 11 Uhr einberufen mit der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen in Lausanne, über die Abrüstungsfrage und über die Völkervereinigung.“

Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, solange nicht die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist.

Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergebnislos darauf hinweisen, daß die Völkervereinigung vorausgesetzt am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, so daß — vorausgesetzt, daß die prinzipielle Frage geregelt wird, — in die hinauschiebung des Termins zu empfehlen wäre. Mit vorzüglicher Hochachtung ge. von Neurath.“

Fünf-Mächte-Konferenz

Frankreich und die kleine Entente sind dagegen.

Genf, 5. Oktober.

Im Flugzeug ist der englische Außenminister Sir John Simon nach London abgereist. Wie verlautet, wird Sir John Simon in Paris seine Reise unterbrechen und eine Besprechung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot haben.

In Genf bringt man diesen Pariser Aufenthalt Sir John Simons mit den Gerüchten über die Einberufung einer Mächtekonferenz über die Abrüstungsfrage zusammen.

In französischen Kreisen betont man hier immer wieder, daß eine Mächtekonferenz zuminsten verfehlt sei. Frankreich habe auf dem Standpunkt, daß die durch die deutsche Gleichberechtigungsbewegung aufgeworfene Fragen im Rahmen des Völkervereinigung behandelt werden müßten. Für die weitere Entwicklung der Abrüstungskonferenz seien die Organe dieser Konferenz, insbesondere der Hauptausschuss, dessen Einberufung ja für November geplant ist, zuständig. Ein führendes Mitglied der französischen Delegation erklärte Pressevertretern, daß die wichtigsten Fragen der Abrüstungskonferenz nicht ohne Hinzuziehung der Nachbarstaaten Deutschlands behandelt werden könnten.

Dieser französischen Auffassung wird von Seiten der kleinen Entente sekundiert. Die Vertreter dieser Staaten hatten eine Zusammenkunft, in der man sich scharf gegen die Einberufung einer solchen Konferenz ausgesprochen haben soll.

Daß England der gegebene Vermittler in dem Abrüstungsstreit sein könnte, hat erst jetzt der Versuch einer

unmittelbaren deutsch-französischen Auseinandersetzung am Abend der Pariser Regierung überreichte. England hat wieder zum zunehmende Maße zunächst nicht benutzt, als es sich in seinem Abrüstungsprogramm an Deutschland vollständig auf den französischen Standpunkt stellte. Inzwischen hat man in London wohl eingesehen, daß das ein schwerer politischer Fehler war und will sich bemühen, ihn gutzumachen. Wenn die englische Regierung verläßt, eine Vertagung über die Abrüstungsfrage in London zustande zu bringen, so ist das in der Tat der einzige Weg, auf dem man sich zu einer internationalen Verständigung in den Verhandlungen kommen kann. Die Ereignisse der letzten Wochen machen es allerdings sehr zweifelhaft, ob dieses Vorhaben um die Verständigung über die Abrüstungsfrage. Natürlich mußte die deutsche Regierung nach den bisherigen Erklärungen Englands und Frankreichs eine gewisse Sicherheit dafür gewinnen, daß man sie nicht auf einer Vertagung vor vollendete Tatsachen stellen, d. h. einer solchen Vertagung nach eine Verständigung der eigentlichen Verständigung vorantreiben will. Aber es kam doch auch auf die Klärung der internationalen Verhältnisse nicht dienlich sein, wenn alle große Erklärungen dem englischen Vermittlungsplan in den Weg gestellt werden. Von deutscher Seite sind ganz konkrete Bedingungen — die Aufgabe des bisherigen englischen und französischen Standpunktes — für die Teilnahme an einer Vertagung genannt worden. Zur Klärung solcher Fragen gibt es den üblichen Weg privater und vertraulicher diplomatischer Gespräche. Man kann nur den Wunsch ausdrücken, daß die andere Methode, öffentlich solche Voraussetzungen auszuspüren, nicht eine weitere Vertiefung herbeiführt.

Deutschland zur Konferenz eingeladen

Berlin, 5. Oktober.

Der englische Botschafter in Berlin übermittelte in einer Unterredung mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. von Bülow, die englische Einladung an die Reichsregierung zur Fünf-Mächte-Konferenz in London.

Neue Erklärung Borahs

„Ohne Deutschlands Gleichberechtigung — Genf eine Farc.“

Neuport, 5. Oktober.

Der amerikanische Senator Borah erklärte, er hoffe, daß Deutschland doch einen Weg finde, um an den Genfer Beratungen teilzunehmen, da nur volle Zusammenarbeit aller großen Nationen zum Erfolg in der Abrüstung führen könne. Davon abgesehen sei jedoch Deutschlands Forderung nach Gleichheit nicht nur natürlich sondern vollkommen berechtigt, denn Gleichheit ist wesentlich für jedes sich selbst achtende Volk, und die Alliierten hätten, wenn auch vielleicht nicht den Wunsch, so doch sicherlich den Geist ihres im Verfallener Vertrag gegebenen Versprechens verlegt.

Er glaube nicht, daß Deutschland behaupten, seine Rechte den Vertrag verlegen zu können, aber Deutschlands Forderung müsse jetzt gehört werden; dazu liege Deutschland durch aus berechtigt, und der Einwand, daß Deutschlands Vorgehen unpopulär sei, stelle nur einen lächerlichen Vorwand dar. Grundrechte wie die Gleichberechtigung der Nationen könnten nicht auf angeblich geringere Belegenheiten verschoben werden oder sich allerlei Formeln und Tagesordnungen unterwerfen, sondern ließen sich vorbereitend für die Erstellung der Abrüstung in der ganzen Welt.

Wenn die Alliierten aber noch heute noch auf dem Punkt des Verfallener Vertrags beharrten und die Abrüstung in eckente Klassen für Sieger und Besiegte einzeln wollten dann werde die Genfer Konferenz zur Farc und in eine Fehlschlag enden. In Amerika riefte Borah den erneuten Appell, England anzuerkennen, denn man könne nicht vor Weltöffentlichkeit reden und 160 Millionen Menschen davon anschliefen.

Ein wenig freundlicher Akt

Die neue italienische Devisenregelung.

Rom, 4. Oktober.

Die italienische Regierung hat eine Devisenregelung in Kraft gesetzt, die sich ausschließlich gegen Deutschland richtet und Einzelheiten für uns wesentlich unangünstiger ist, als die Devisenregelung Deutschlands gegenüber anderen Ländern.

In der Weltmarktfrage empfindet man diese Art der Regelung als einen schweren Angriff und es ist damit zu rechnen, daß Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wenn auch im Augenblick noch nicht feststeht, welcher Art diese sein werden. Bei der gegenwärtigen devisenpolitischen und wirtschaftlichen Situation, in der wir uns nachweislich befinden, sind wir gar nicht in der Lage die deutsche Devisenregelung von der Frage abhängig zu machen, ob wir mit einem anderen Staat mehr oder weniger befreundet sind.

In jeder gegenwärtigen Zwangslage kann Deutschland nur eine einheitliche Regelung durchführen, die gegenüber allen anderen Ländern gleichmäßig gilt. Selbst wenn die Reichsregierung wollte, hat sie also gar nicht die Möglichkeit, mit Italien ein Kompromiß zu schließen, weil ein solches begrifflichweise von allen anderen beteiligten Ländern ebenfalls in Anspruch genommen werden würde und damit den Charakter eines Kompromisses verlieren würde.

Praktisch ist aber ein Entgegenkommen auch gar nicht möglich, weil es unsere Währung in Gefahr brächte, selbst wenn es nur zugunsten eines einzelnen Landes gelten sollte. Das Vorgehen Italiens ist offenbar die Antwort auf die

Urteil lautete auf sechs Jahre Zuchthaus unter Aufsichtserhaltung des Selbstbesitzes.

Gisela. Die Wahl des Reichsanwalts Dr. Appel aus Eisenach zum Ersten Bürgermeister von Gisleben war vom preussischen Innenminister aus formalen Gründen nicht bestätigt worden. Die Stadtverordneten beschließen, nun die Stelle nicht auszufüllen und die Wahl sofort vorzunehmen. Von den abgewählten 25 Stimmen entfielen 12 auf Dr. Appel und der Bergarbeiter Schlag 2 Stimmen, während 11 Zettel unbeschrieben waren. Dr. Appel ist damit erneut zum 1. Bürgermeister gewählt worden.

Rosja (Gaz). In der Nacht zum Montag sind die zusammenhängenden Betriebsgebäude der früher Rüstgerichten 15 Sonnen Handelenische durch ein aus noch unbekannter Ursache ausgebrochenes Großfeuer vollständig zerstört worden. Nur von dem Lagerhaus stehen noch die Umfassungsmauern, Wohnhaus und Stallungen konnten die aus der Umgebung herbeigekommenen Wehrer vor den Flammen retten. Die Mühle war erst am Sonnabend durch Kauf in andere Hände übergegangen.

Nordhausen. Nach einer Voruntersuchung von 1/2 Jahren begann am Montag der Prozeß wegen der Veruntreuung bei der Silber-Land- und Ostfrankensalze. Es haben sich zu verantworten: der Geschäftsführer Jarnting wegen fahrlässiger Arbeitsverteilung und fortgesetzter Untreue, der Generalverwalter Hermann Hübel, der Gemeindevorsteher E. Kaufmann sowie der Schufmacher G. Rambow wegen fortgesetzter Untreue, der Großkaufmann B. Ehler wegen fortgesetzter gemeinschaftlichen Vergehens wegen Paragra. 23 der Reichsverordnung, der gegen Paragra. 23 der Reichsverordnung, der Verletzung in Tateinheit mit Betrug sowie wegen fortgesetzter Beihilfe zur Untreue, sowie einige Angestellte wegen Untertreue. Weiter befinden sich unter den Angeklagten vier praktische Verleiher: Dr. A. Senflich in Elbingen, Dr. B. Blumenthal in Alfeld, Dr. Georg Wallbaum in Schierke und Dr. Schlichter in Elfrich wegen fortgesetzter Beihilfe zur Untreue bzw. wegen fortgesetzten Betruges, weiter die Dentisten Lud in Siesel und Engelmann in Niederhagen wegen Betruges und Beihilfe zur Untreue. sechs Angeklagte sind noch angeklagt mittels Verletzung und Veruntreuung mittels Verletzung vorzugehen. Man rechnet mit einer dreiwöchigen Prozeßdauer.

Nordhausen. Unter Leitung des Direktors des Staatsarchivs in Magdeburg, Dr. Müllerberg, fand der diesjährige Lehrgang des Vereins für Streckenführung der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt in Nordhausen statt. Aus dem Vortrag von Geheimrat Raed über die Fragen des Streckenpatronats in Nordhausen-Grafschaft Hehlenstein ging hervor, daß es sich hier keineswegs um freibürgerliche Spezialfrage handelt. Die Tagung schloß mit einer Besichtigung des Archivs und der beiden Museen.

Erfurt. Auf ihrer Erfrühter Tagung beschloßen die Führer sämtlicher jugendlicher Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes in Thüringen, im Großhalleim in Erfurt eine Zentralstelle für alle jugendlichen AD-Vorhaben zu schaffen. Eine Zusammenfassung aller am Bestenstand erkrankten Jugendlichen wurde abgesehen, da man glaubt, daß sie die Gefahr einer Virusinfektion einschließt.

Teig. 150 Kartoffelleier wurden bei der Arbeit von einem Gutsbesitzer aus Meditzsch am frühen Morgen auf seinem Kartoffelfelde überfahren. Die Leichen wurden erst nach mehr als 150 fremden Leute, die, obwohl sie bereits einen einbahnigen Weg zurückgelegt hatten, schon seit geraumer Zeit gearbeitet hatten. Am Straßenrande standen gefüllte Wagen, Säcke, Körbe und Eimer. Mit Hilfe eines Jurisprudenzbeamten konnte das Feld geräumt werden.

Worbis. Die rund 700 Helfer umfassenden Große Weisse bei Worbis, die bei Hochwasser des Uferveränderungen der Saale und der Elbe ausgelegt war, wird eingeeicht. Der Sommerdamm, der errichtet werden soll, wird eine Höhe von 4,70 Metern erhalten. Hierzu sind erst zehn Arbeiter beschäftigt. Da deren Zahl aber auf 50 erhöht werden soll, hofft man bei günstiger Witterung noch in diesem Jahr die Eindeichung vollenden zu können.

Wittfeld. Ein vom Nationalsozialistischen Reichsjugendtag in Potsdam zurückkehrendes Auto mit Angehörigen der Hitlerjugend wurde in der Nähe von Wittfeld mit Steinen beworfen. Ein Mädchen wurde hierbei so schwer verletzt, daß es in Heilich dem Krankenhaus zugewiesen werden mußte.

Magdeburg. Am 8. und 9. Oktober hält das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 228 seinen diesjährigen Regimentstag in Magdeburg ab, mit dem eine Wiederlebensfeier verbunden ist.

Schuharbeiterstreik endgültig beigelegt

Weißenfels. Das am Sonnabend vor dem mitteldeutschen Schlichter in Leipzig geschlossene Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Schuhindustrie ist am Montag von beiden Parteien angenommen worden. Die Beschäftigten der betroffenen Betriebe beschließen, die Arbeit am Dienstag früh um 7 Uhr wieder aufzunehmen. Die Wiederereinstellungserfolge zu den vor dem Erlaß der Verordnung der Reichsregierung vom 5. September 1932 gültigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

In den fünf betroffenen Weißenfels Schuhfabriken ist die Arbeit am Dienstag früh wieder aufgenommen worden.

Führerausbildung für den FAD, in Tressfurt

Der Bezirkskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst in Mitteldeutschland, Präsident Dr. Lübbich, hatte die Regierungen der Provinz Sachsen sowie der Länder Thüringen und Anhalt, die als Träger des Dienstes tätigen Betriebe sowie sonstige am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligten Kreise zu einer Besprechung über die weitere Ausbildung der im freiwilligen Arbeitsdienst tätigen Führer nach Erfurt eingeladen. Präsident Dr. Lübbich betonte die ausschlaggebende Bedeutung der Persönlichkeit der Führer für Gelingen der Gemeinheitsarbeit und des Gemeinheitsdiensts im FAD. Damit die Führer den vielseitigen vermittlungsmäßigen, technischen und erzieherischen Anforderungen voll gerecht werden können, sollen zunächst 60 bereits im FAD erprobte Führer und Unterführer in einem von der Arbeitsgemeinschaft aller in Betracht kommenden Verbände getragenen Führerlehrganges weiterzubilden werden. Sämtliche Angehörigen der Kreise müssen dem Plan zu ebenbürtig werden hinsichtlich der zu behandelnden

Arbeitsgebiete sowie der Festlegung des Tagesplans für die Ausbildung grundlegend überarbeitet. Das erste Führerlager soll Anfang November in Tressfurt a. W. eingerichtet werden. Hierfür werden dem Bezirkskommissar erprobte Führer als Teilnehmer benannt werden.

Im Hinblick auf die Bekämpfung des Betrugsamtlings sind auch auf Anregung des FAD-Bereichs ein zweites Lager in Tressfurt a. W. bezweckend „Reinhardt-Mitteldeutschland“ statt. Es wurde ein Ausschuss gebildet, der das Weitere beraten soll.

Vom Sängerbund an der Saale. — Bundes-Sängertag 1933.

Halle. Der „Sängerbund an der Saale“ hielt in Halle eine Tagung des Gesamtvorstandes ab, die vom Bundespräsident Dr. Feder-Halle eröffnet wurde. Er sprach über die Einwirkung von Jugendhörsen, mit denen in vielen Städten des Deutschen Sängerbundes bereits die besten Erfolge erzielt worden sind. Ein Schmelzturnus, der von der letzten Bundeshauptversammlung vorgeschlagen wurde, wird auf das kommende Frühjahr verschoben. Der Vorige machte nach Mitteilung über den Streit einzelner Verbände mit dem Mühlflößerverband. Durch Vertrag mit dem genannten Verband sind alle Konzerte, die überwiegen Chorgesang enthalten und Sängeranstellungen im Anschluß an Chorkonzerte geschieht, alle anderen Veranstaltungen werden dagegen von dem Verband nicht berührt.

In Hannover-Münden findet demnächst abgesehen von Besprechungen, die das Verhältnis zum Mühlflößerverband klären soll, Bundeschorleiter 6 und 10 wird den „Sängerbund an der Saale“ vertreten.

Alteits begrüßt wurde der Plan, im Jahre 1933 im „Sängerbund an der Saale“ ein „Bundes-Sängertag“ abzuhalten. Zur Vorbereitung des Festes haben sich bereits Altkameradschaften, Kammern und Neuzugänge bereit erklärt. Die für den 21. Januar geplante Bundeshauptversammlung wurde auf den 11. Februar 1933 verlegt. Sie wird mit einem Konzert im Stadtschloßbau in Halle verbunden. Weiter wird am 25. und 28. Februar in Halle eine Geländeausschreibung abgehalten.

Inhalts Lehrer wollen aus dem Beamtenebund treten.

Oeffen. Der Anhaltische Lehrerverein nahm in seiner Hauptversammlung einen Antrag an, in dem beantragt wird, daß der Deutsche Beamtenebund seine Unterschrift zu der gewerkschaftlichen Entschließung gegen die Reichsregierung am 20. Juli gegeben hat. Der Hauptvorstand fordert vom gewerkschaftlichen Ausschuss des Deutschen Lehrervereins, daß er für den Austritt aus dem Deutschen Beamtenebund eintritt, um jede Sperrung zu verhindern. Ferner wird vom Deutschen Lehrerverein die Entschließung des an die Internationale Lehrervereinigung zu zahlenden Beitrages bis zur Ansetzung der völligen Gleichberechtigung Deutschlands durch den Völkerverbund gefordert.

Arbeiterereignissen in Anhalt.

Deffau. Im Laufe der nächsten Woche wird die Zuderaffinerie G. m. b. H. Deffau eine weitere Umstellung in Betrieb nehmen und hierzu rund 600 Arbeiter einstellen.

Die A. Böhler A.-G., Holzwarenfabrik Coswig, hat im Laufe der letzten Woche rund 170 Arbeiter neu eingestellt.

Gühne für politischen Terror

Sieben Personen wegen Landfriedensbruchs verurteilt. Bochum, 5. Oktober.

Vor dem Sondergericht in Bochum wurde der Arbeiter Erich Bergmann wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raubhandeln bei Verlegung mildere Umstände zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Vier weitere Angeklagte wurden wegen schweren Landfriedensbruchs und Raubhandeln zu je einem Jahr Gefängnis und zwei Angeklagte zu Gefängnisstrafen von vier und sechs Monaten verurteilt. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Der Verhandlung lagen politische Zusammenhänge in Betracht, die nicht näher angegeben sind. Ein Mann getötet und mehrere Personen verletzt worden waren.

Urteil des Gleimiger Sondergerichts.

Das Gleimiger Sondergericht verurteilte in dreitägiger Sitzung gegen sieben Angeklagte, die am 30. Juli einen Kaufmann, der der Zentrumspartei angehört, aus politischen Gründen in der hiesigen Stadt erschossen hatten. Die verurteilten einen Angeklagten zu zwei Jahren und einem Monat Zuchthaus, einen weiteren zu zwei Jahren Zuchthaus, einen anderen zu zwei Jahren Gefängnis und drei Angeklagte zu je einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Neues aus aller Welt

Schweres Motorradunglück. Ein schweres Motorradunglück, dem zwei Menschen zum Opfer fielen, ereignete sich in der Nähe der Erlichshausen bei Friedland in Mecklenburg. Ein Motorradfahrer mit Sojus fuhr in rasender Geschwindigkeit gegen einen Straßenbaum und kurzte. Während der eine der Motorradfahrer sofort tot war, ward der andere unter den Händen des herbeigerufenen Arztes. Der Unfall ist auf reichlichen Alkoholgenuss zurückzuführen.

Eine neue Verfassung in der Giffmordaffäre von Klein-Parich. Die Nordkommission hat in der Angelegenheit des vierfachen Giffmordes in Klein-Parich die Ehefrau Just, eine Tochter des Mathies Tirle und Schwester der mitgefangenen Anna Groba unter dem dringenden Verdacht der Mittäterschaft bzw. Mittäterschaft festgenommen. Es geht um die Mordaffäre im Verlauf der Ermittlungen ein verächtliches Belästigungsmateria gegen Frau Just zum Vortragen. Die Befugnisse wurde in das Gerichtsgefängnis in Gierlich übergeführt.

Feuertampf mit Handwunderschüssen. In einem Waghendhaus auf einer Feldentree bei Hammerstein (Nabe) kam es in der Nacht zu einer wilden Schießerei. Einwohner bemerkten in den nächtlichen Stunden Licht im Landhaus. Als sich mehrere Männer dem Hause näherten und Einlaß begehrten, wurden sie mit Schüssen empfangen. Polizei und Landjägerbeamte wurden bei ihrem Eintreffen gleichfalls beschossen, so daß sie gezwungen waren, das Feuer aus Rakabinnen zu erwidern. Die Verunglückte wurde durch eine Pistolenkugel abgetötet. Bei Morgengrauen waren die beiden Handwunderschützen, die in das Haus eingedrungen waren, bei Mehrschüssen und etwa 50 Schuß Munition

aus dem Fenster und liehen sich misstrauischlos festnehmen. Bei der Schießerei wurde niemand verletzt.

Ende des Hamburger Verkehrsstreits. Der Reichsarbeitsminister hat den vom Hamburger Schlichter gefällten Schiedsspruch für das Verlegetergewerbe, nachdem auch die erneuten Verhandlungen der Parteien im Reichsarbeitsministerium zu keiner Einigung geführt haben, nimmere für verbindlich erklärt. In der Begründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in der Entscheidung eine Änderung der vom Reichsarbeitsministerium in der Frage der Verbindlichkeitsverpflichtung bisher eingehaltenen Linie nicht zu finden ist. Nach der Verbindlichkeitsverpflichtung dürfte mit der Wiederannahme der Arbeit zu rechnen sein. Nach längeren Verhandlungen über die Tarifgestaltung für die Hamburger Parteienarbeiter ist es jetzt zu einer Einigung zwischen beiden Parteien gekommen, nach welcher die geltenden Sätze bis zum 31. Dezember 1932 unverändert bleiben.

Ruhe im Westermünder Fischerhafen. Aus dem Westermünder Fischerhafen ist noch ein weiterer Fischdampfer mit Arbeitswilligen in See gegangen. Der Fischdampfer „Brandenburg“, der ebenfalls den Westermünder Hafen verließ, legte an der Bremerhavener Mole an, um noch fehlende Leute an Bord zu nehmen. Der Fischdampfer mußte jedoch wieder in den Westermünder Hafen zurückkehren, weil einige Besatzungsmitglieder wieder von Bord gegangen waren. Die in den Anstalt getretenen Fischerarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. Zu neuen Ausschreitungen ist es nicht mehr gekommen.

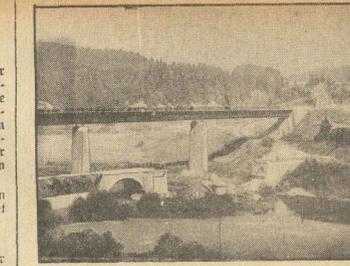
Zugunfall in Polen. In der Nähe von Stanislaw in Südgalizien fuhr infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug in einen lebenden Güterzug. 24 Personen wurden leicht verletzt.

Ein furchtbares Familiendrama wurde in Krositz (Dänemark) entwirrt. Man fand den 48 Jahre alten Reichsanwalt Conradt, seine 47 Jahre alte Frau, die drei Töchter im Alter von 17, 14 und 10 Jahren und den fünfzehnjährigen Sohn, durch Gas vergiftet tot auf. Die Familie hatte Selbstmord begangen. Auf dem Tisch lag ein vom dem Rechtsanwalt und seiner Frau unterschriebener Zettel, in dem sie um Verbernung der Leichen baten. Der Grund für den Verbernungsschritt ist in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen.

Neu Schiffbrüchige gerettet. Ein französisches Fischerboot brachte neun Mann der Besatzung des dänischen Schiffes „Nordborg“ nach Boulogne-sur-Mer. Das französische Boot hat die Mannschaft als Schiffbrüchige an Bord genommen. Der dänische Dampfer „Nordborg“ war von einem großen Dampfer unbekannter Nationalität getroffen worden, der seine Fahrt fortsetzte. Da die „Nordborg“ kam, begab sich die Besatzung in die Rettungsboote, aus denen sie erst nach Tagen von dem französischen Fischerboot geborgen wurde.

Über hundert Leisopier eines Wollensbruchs. Nach einer Meldung der Times sind bei Tehadapi Canon (Kassimien) 80 Leichen aufgefunden worden, die bei einem schweren Wollensbruch ertrunken sind. Dreizehn andere Personen waren noch gerettet und sind als Gefangene in den Fluten ums Leben gekommen sind.

Ferieninterview Batavia-Berlin. Der deutsche Fischerfänger bereitete augenblicklich ein Radio-Interview mit Wolfgang von Gronau vor, das am Freitag um 19.40 Uhr im Rundfunk geteilt werden soll. Das Gespräch wird drahtlos von Batavia nach Berlin übertragen.



Brüdenprengung an der Saale.

Im Gottschalk bei Bollenstein ist eine neue hohe Brücke über die Saale gebaut worden. Nach ihrer Fertigstellung wurde jetzt die alte, überflüssig gewordene Brücke (im Vordergrund) durch Magdeburger Miniere gesprengt.

Arbeit für die Jugendlichen.

Tausende von Arbeitstagen im freiwilligen Dienst. Der freiwillige Arbeitsdienst hat im Bezirk des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Im Laufe eines Jahres sind vom Beginn des freiwilligen Arbeitsdienstes an in gesamten Bezirk des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland 534 Maßnahmen ermöglicht worden. Bei diesen Arbeiten sollen rund zwei Millionen Tagewerke von insgesamt 2113 Arbeitsdienstwilligen geleistet werden. Bei Gegenüberstellung dieser Zahl mit der vorhandenen arbeitslosen männlichen Jugendlichen unter 25 Jahren ergibt sich, daß durch den freiwilligen Arbeitsdienst nach dem Stande vom 30. 7. 1932 mindestens 21 v. S. der arbeitslosen männlichen Jugendlichen erfüllt werden. Im Freistaat Anhalt beträgt die Zahl der Arbeitsdienstwilligen 10,3 v. S. der arbeitslosen männlichen Jugendlichen, in der Provinz Sachsen 11,9 v. S. und im Freistaat Thüringen 46,2 v. S. Auf Grund der neuen Bestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst wurden im Laufe des Monats August 1932 105 weitere Maßnahmen ermöglicht, bei denen 5713 Arbeitsdienstwillige an 461.000 Tagewerken beschäftigt werden sollen.

Nachdem inzwischen eine Anzahl Arbeiten beendet sind, wurde im Monat August noch an 394 Maßnahmen gearbeitet. Geleistet wurden in diesem Monat 303.801 Tagewerke. Im 30.8.1932 waren 15.586 Arbeitsdienstwillige beschäftigt. Von diesen entfielen auf den Freistaat Anhalt 649, auf die Provinz Sachsen 5.753 und auf den Freistaat Thüringen 9.184.

Es ist anzunehmen, daß der freiwillige Arbeitsdienst bei dem gegenwärtigen Stande der überalld begehrt, noch erheblich zunehmen und im Laufe der Zeit den größten Teil der Jugendlichen erfüllen wird.

Wenn die Abende länger werden . . .

Wenn sich die Bäume zu entsauben beginnen, wenn schon vor der liebsten Stunde die Sonne am Horizont entschwinden ließe, wenn von den Feldern und Grünanlagen ein kühler Wind aufsteigt, beginnt dann für den Mann des eigentlichen Sommers gebrochen. Selbst die warme Mittagssonne des logenannten Altheimerommers kann uns über die Tatsache nicht hinwegtäuschen. Die Tage werden merklich kürzer, die Abende betrüblich länger.

Da drängt sich uns die Frage auf: Womöglich lagolen wir die langen Herbst- und Winterabende, die uns im voraus so bevorzugen? Das Glück ist zu knapp, um sich den Luxus des täglichen Ausgehens leisten zu können, abgesehen davon, daß man ja ein eigenes Heim nicht dazu hat, um es nur als Schlafstätte zu benutzen. Kluge und verständige Leute haben die Gabe, sich auch zu Hause gemütlich und unterhaltende Stunden zu bereiten ohne Geldausgaben, ohne Rücksichtnahme auf andere Personen. Die Menschen von heute bringen nur vielfach nicht mehr das richtige Verständnis dafür auf, daß es auch zu Hause nett und unterhaltend sein kann. Aber denken wir einmal zurück an jenes Haus- und Gesellschaftsleben vor dem Kriege. Es können und wollen wir es in gewissen Maße wiederholen, wenn sich da, sich kurzweiliger den Abend zu lächeln! Um es vorweg zu sagen: Die Möglichkeiten bieten sich heute noch im gleichen Maße, nur die Menschen haben den Sinn dafür verloren. Seiten wir betreibt, dienen Haus- und Familienleben erneut zu werden, die billigen Rezepte hierfür wollen wir gern vortragen.

Erstas, was unseren Familien ganz verlorengegangen zu sein scheint: die Pflege der Hausmusik. Seit dem Aufkommen des Rundfunks, seit der Einführung der technischen und reproduzierenden Musik glaubt man diese Hausmusik überholt. Aber die Vielfalt ist gänzlich abwegig. Früher wurde in den Säulenhäusern und Villen gespielt, es wurde gelungen, vor einem ausserleinen Kreis von Freunden und Bekannten wurden kleine Hauskonzerte veranstaltet, und jeder, der irgendwie musikalisch begabt war, trug nach besten Kräften zum Gelingen dieses Abends bei. Aber selbst, wollte man es mit Wilhelm Busch halten, der da sagte: „Musik macht die Menschen alle glücklich, die mit Verstand verbunden!“ — dann ergeben sich immer noch hundert andere Möglichkeiten, sich die langen Abende zu vertreiben. Bei einer Tasse Tee läßt sich gut auf ein kleiner Belegel abhalten, der uns heute durch das Vorhandensein der ungenügenden Musik- und Schallplatten so leicht gemacht wird. Es gibt unzählige Gesänge, die einen ganzen Personenkreis gleichzeitig zu fesseln vermag.

Die passionierten Spielkarten mögen sich auch an Gesellschaftsspielen erfreuen, die keine Glückspiele sind, und bei denen es nicht um hohe Geldsummen geht.

Nun gibt es auch sehr viele Familien, die lieben keine Gänge, die wollen nicht, daß das Haus voll ist, und bleiben lieber für sich. Auch hier braucht nicht Stumpfsinn und Trägheit geboten zu werden. Auch hier können sich die einzelnen Familienmitglieder mit allerlei netten Beschäftigungen die Zeit totschlagen. Auf dem Lande ist dieser häusliche Gemeinschaftsgeist, die Gabe, sich die Abende nützlich und zu vertreiben, bei weitem ausgeprägter als in den Städten. Die Frauen und Mädchen nehmen die Stille und Stillearbeiten zur Hand, sie beschäftigen sich mit dem Webstuhl, dem Kissen, die nicht eine Mühseligkeit, sondern eine Unterhaltung sind, die Freude bereiten. Auch die männlichen Familienmitglieder können sich einer durchaus zeitgemäßen und unterhaltenden Beschäftigung hingeben: sie lesen. Lesen ist nicht ein Vorrecht des Kumpfschuhlebens, sondern geradezu selbstverständlich, als ein Recht, das gar nicht zu denken war. Alle mögliche Handfertigkeit kommt da in Frage, die vom kunstfertigen Wandteller bis zur feinsten feinsten Feinerei reicht. Kann und soll das nicht alles wiederaufleben? Viel Bedrücktheit und viel ungenutzte Gedankenarbeit haben dadurch geparkt werden. Der Fortschritt der Technik hat die Menschen bezaubert gemacht, sie sind oberflächlich in ihrer Unterhaltung geworden, weil sie alles fit und fertig vorgelegt bekommen. Das ist der Nachteil der Technik, der sich auf das Haus- und Familienleben förmlich auswirkt. Wenn wir heimgekehrte und Harmonisch mitwirkende Menschen sein wollen, dann müssen wir wieder zurückfinden zu jenen Familien- und Gesellschaftsleben, wie es anno dazumal war. Wenn wir Rundfunk und Musikapparat im Hause haben, dann können wir auch zu Hause sitzen und uns bei einem Gläschen Tee oder Bier gerade so gut unterhalten.

Man hat uns Zeitschriften früher oft den Vorwurf gemacht, wir hätten die besten und besten (Glückseligen-Komplex). Auf diesen Vorwurf wollen wir stolz sein, und wir wollen uns diesen „Glückseligen-Komplex“ ruhig ergeben, denn er ist die Vorbedingung für ein harmonisches und selbstzufriedenes Familienleben!

Kinderfragen!

Ein Mann fragt wie, worauf ihm kein Weiser zu antworten vermag. Aber es gibt einen Fragesteller, noch unerschöpflicher, noch erfindreicher, noch vielseitiger als der Mann, und dieser Fragesteller ist das — Kind! Je lebhafter und gewandter es ist, um so lebhafter zeigt es sich und um so verstandesreicher ist es mit Fragen. Um Alter von drei bis sieben Jahren sind Kinder oft hierin wahre Qualgeister. Soll man sie abweisen? — Nein! Soll man auf all ihre Fragen eingehen? — Auch das nicht! Eines wie das andere könnte verheerend sein!

Viele Leute meinen, daß man für jede Frage des Kindes eine passende Antwort finden müsse. Sind sie reif genug zu fragen, müssen wir klug genug sein, danach zu antworten! Dem ist nicht so! Es gibt freilich Leute, die sich abwähen, dem fünf- bis siebenjährigen Kinde allerlei wissenschaftliche Probleme zu erklären, und den Kleinen damit mehr schaden, als zu nützen. Sie bieten ihnen Antworten, die Kinder nicht zu erfassen und zu verarbeiten vermögen, selbst wenn sie lieblich mit Interesse darüber plaudern. Würdiger würden sie denn nicht plaudern, die Kleinen. Es schadet nichts, dem Kinde zu sagen: „Das verstehst du nicht, das wirst du später lernen.“ Im Gegenteil, das Kind wird diesen späteren Lernen mit einem gewissen Interesse mit neugieriger Erwartung entgegengehen, während es durch halbverstandene, verfrühte Erklärungen leicht in ein gefährliches Halbwissen verfallt, welches später keine Aufmerksamkeit vermindert und seinen Eigenstand vermerkt.

Freilich darf man im Wohlsein nicht zu weit gehen. Das Kind soll uns fragen, und zu denken, und zu beobachten; seine Fragen und zunächst ein Beweis, daß er sich interessiert. Ein Kind, das keine Fragen stellt, müde entschieden dazu ermuntert werden. Hier gibt es eben, wie überall im Leben, mit Überlegung zu handeln und weise nachzusehen. Stehen wir einem solchen Fragesteller gegen-

über, und gestatten die Umstände (die Art der Frage, der Ort, an dem wir uns befinden) dem feinen Fragesteller ein „Ja!“ zuurufen. „Lept ist es genug, jetzt ist still und denkt nach über das, was wir gesprochen haben.“ Ein Kind, das an Behoriam gewöhnt ist, wird sein Klauen einstellen, und wenn es auch wirklich nicht an den beprochenen Gegenstand denkt, ist sein Stillhalten immerhin eine gute Willensübung. Ein bewährtes Mittel, dem allzu üppigen Gespräch der Kinder vorzubeugen, ist Beschäftigung. Auf der Straße die Selbstbeschäftigung des Kindes schwerer als in der Stube; Kinder finden da ganz von selbst etwas Eigenes heraus und wenn es beispielsweise das wäre, auf der Straße die Autos mit geraden oder ungeraden Nummern zu zählen, aber sie findet sich doch da hier das Leben und Treiben reichliche Anregung gibt.

Welcher Erwachsene wäre auf den Einfall gekommen, den Kindern ein solches Spiel zu raten? Wie leicht und schnell erinnt sich in ein Kinderfoppl eine Unterhaltung, wenn er nicht allzu sehr durch festes Schwören verbohrt ist! Man sollte freilich hängen einwenden, daß diese Art Unterhaltung keinen geistigen Wert besitzt.

Mag sein, aber welchen Wert besitzt das viele Fragen, das ruhelohe Schwätzen? Es gewöhnt die Kinder an oberflächliches Denken, an Halbsätze, es macht sie atillug und vorlaut. Sie glauben, etwas zu wissen und halten es für ihr gutes Recht, sich an alle Beiräher der Erwachsenen zu betätigen. Es mag in allerhöchster Aussehen, wenn lo ein kleiner Witz mit erster Mienen über erste Angelegenheiten mitteilt! Dieses Geplapper ist ebenso bedeutungslos, wie das Anfeilen von Automotoren. Wer daran große Zukunftsbildungen knüpft, geht fehl. Die stillen Kinder sind es, die in der Regel länger und ernter denken. Manche, gut veranlagte Kinder sind durch solches Anfeilen geradezu zum Schwärzen errogen, weil die Eltern glauben, daß man sich nicht genug mit ihnen beschäftigen könne.

Die Volksbüchereien in Gefahr

In Kreisen der Gesellschaft für Volksbildung sieht man, wie uns mitgeteilt wird, mit einiger Besorgnis der Zukunft unserer Volksbüchereien entgegen. Es gibt deren etwa 600 bis 700, die sich auf die verschiedenen Städte von rund 10 000 Einwohnern an verteilen. Aber nicht nur diesen selbständigen Volksbüchereien hat die Notzeit arg mitgespielt. Auch die Büchereien, die in den kleineren Orten und größeren Dörfern sich teils aus der Schulbücherei anlehnen oder aus diesen überhaupt bestehen, sind in einem schlechten Stande. Schon im vergangenen Jahre hatte die Gesellschaft für Volksbildung einen Aufruf veröffentlicht, in welchem um Bücherpenden gebeten wurde. Daraufhin fanden sich 159 Bücher, die rund 16 000 Bücher einlieferten. Aber wie wohllos eigentlich unsere Bücher da ausgehen wurde, geht daraus hervor, daß von den 16 000 Büchern nur etwa 9000 nach eingehender Auswahl an die Büchereien weitergeleitet werden konnten. Wenn auch damit eine wesentliche Hilfe geleistet wurde, die dankbar anerkannt wird, so liegt unter Volksbüchereien jetzt ganz betrüblich schlimmer gemach. Deshalb bittet die Gesellschaft für Volksbildung erneut, ihr wiederum Bücher, die sich für die Volksbüchereien und Jugendbüchereien eignen, zuzulassen. Zu gleicher Zeit bittet die Gesellschaft für Volksbildung jedoch, daß es sich dabei möglichst nicht um veraltete, verlesene oder gar minderwertige Bücher handelt soll, sondern um solche Bücher, belehrenden und unterhaltenden Inhalts, die dem Geber selbst noch als wertvoll erscheinen. Es wird nötig sein, dieser Bitte um so mehr zu entsprechen, als schon im vergangenen Jahre ein Teil der Volksbüchereien keinen Betrieb mehr unterhalten konnten, mindestens nicht in der Lage war, die wenigsten Bildung vieler zu befriedigen. Mit steigender Arbeitslosigkeit sind die Büchereien immer mehr in Anspruch genommen worden und sehr viele Bücher in einen Zustand gekommen, der eine weitere Benutzung nicht mehr möglich macht. Im allgemeinen sind die Büchereien mit 600 bis 700 Volksbüchereien ziemlich gleichmäßig über das ganze Land verteilt. Die beste Organisation hat, wie wir hören, die Provinz Hannover aufzuweisen und am bedürftigsten ist leider unsere Grenzprovinz Preußen.

Geliebtes Gut schon doppelt gut!

Es kommt schon dann und wann mal vor, daß man sich das eine oder andere Stück von einem guten Bekannten leiht, weil man es selbst nicht besitzt. Vielleicht eine Wanderkarte, vielleicht irgendein anderes Schmuckstück, vielleicht ist es auch nur ein Buch, in das man sich gern einmal vertiefen möchte. Aber geliebtes Gut verpflichtet uns, doppelte Sorgfalt walten zu lassen. „Geliebtes Gut schon doppelt gut!“ sagt ein altes Wort. Es muß uns mehr wert sein als unser eigenes Gut. Geber erleben die freundlichen Helfer und Verleiher nur allzu häufigere die Richtigkeit ihrer Sachen werden beschmutzt, zerkratzt, verunreinigt, beschädigt usw., und wenn sie nachher jenen Unordentlichen befragen oder ihn wegen des angerichteten Schadens zur Rede stellen wollen, dann wird ihnen lüchlich geantwortet: „Das war ja schon so!“ Das ist die bestmögliche und zugleich Ausrede, einem einbringen zu wollen, jene Sachen seien beschädigt oder beschmutzt gewesen. Jeder, der sich von einem anderen, und sei es ein noch so guter Bekannter, irgendwelche Gegenstände ausleiht, lege sich dabei immer die Frage vor, was er selbst wohl sagen würde, wenn sein eigenes Gut durch andere Leute beschädigt werden würde. Man kann hunderte Male lautendmal sich denken, einem anderen nichts mehr zu leihen, weil man schon zu frühe Erfahrungen gemacht hat, man fällt doch immer wieder darauf herein und macht meistens die gleichen Erfahrungen. D, es ist auch schon vorgekommen, das geliebtes Gut überhaupt nicht mehr zurückgegeben wurde, daß es eines Tages „einfach weg!“ hin- und verschwindet, oder „verloren“ worden war. Selbst verloren wurden ausgetragene Gegenstände, woraus sich immer und immer wieder erleben läßt, wie wenig fremdes Eigentum respektiert und gelohnt wird. Wenn die Menschen nicht einmal danach streben, geliebtes Gut doppelt gut zu können, dann wird jene Vertrauenskrise, die heute ob dieses literarisch herrscht, in unvorstellbar werden, daß ein Mensch dem anderen die Gefälligkeit des Ausleihens überhaupt nicht mehr erweist!

Betr. Personenstandsaufnahme.

Am 10. Oktober d. Js. findet wie alljährlich eine Personenstands- und Betriebsaufnahme statt. Zu diesem Zwecke werden sämtlichen Hausbesitzern in den nächsten Tagen Vorstände zugestellt werden. Bei Ausfüllung derselben sind die Anleitungen zur Ausfüllung der Vorstände genau zu beachten.

Sämtliche Fragen sind zu beantworten und jede Spalte ist auszufüllen. Dergleichen sind sämtliche Angaben gut leichter aufzufüllen.

Der Hausbesitzer ist verpflichtet, sämtliches bei ihm abgegebenes Jubiläum, auch für die in seinem Grundstück wohnenden Mieter, anzufragen bis 14. Oktober d. Js. im Rathaus, Zimmer Nr. 3, abzugeben. Die Auszahlungs-vorstände haben daher ihre Hausbesitzungsliste dem Hauseigentümer bis spätestens 13. Oktober d. Js. zu übergeben, damit derselbe die Hausliste ausfüllen kann.

Die vollständige und rechtzeitige Ausfüllung sowie Abgabe der Zählblätter kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung durch Geldstrafe erzwungen werden.

Nebr a, den 4. Oktober 1932.

Der Magistrat. Denkt

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir in Zukunft unsere **KATZALZE** nur noch in 1. Klasse-Briefkästen abgeben können. Für jeden Papierlad werden 10 Pf. berechnet.

Falls der Besizer in eigenen Sätzen gewünscht wird, sind uns diese 24 Stunden vorher einzuliefern. Wird diese Schaltung gewünscht, ist die Abholung ebenfalls 24 Stunden vorher anzugeben.

Nebr a, den 4. Oktober 1932.

Gewerkschaft Rossleben

Katzalzbewerter

Zur gefl. Beachtung!

Zur allgemeinen Beachtung meiner werten Kunden:

Ich habe für Sie wieder

Hausbesitzungen

aus. Ich bitte die geehrte Einwohnerschaft von

Nebr a und Umgebung um glühende Berücksichtigung und bei Bedarf

um Zuerleitung gefälliger Aufträge. Sodankend!

Paul Lorenz

Bahnhofstraße 12 (bei Herrn Otto Marquardt)

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erkheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kogleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kogleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Kaufmann Hugo Mülling (vorm. Ww. Weis), Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kogleben Nr. 221. — Volkshofkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 120

Donnerstag, den 6. Oktober 1932.

45. Jahrgang

Hindenburg im Rundfunk

Dank für die Glückwünsche. — Aufruf zur Einigkeit und Opferbereitschaft

Reichspräsident von Hindenburg sprach im Rundfunk seinen Dank für die Glückwünsche zum 85. Geburtstag aus. Die Ansprache des Reichspräsidenten, die auf alle Sender übertragen wurde, lautet:

„Zur Vollendung des 85. Lebensjahres find mir aus allen Teilen des Reiches und auch von den Deutschen jenseits unserer Grenzen zahlreiche Glückwünsche zugegangen. All diese Grüße und Gaben von Groß und Klein, von Reich und Arm haben mich tief gerührt. Ich habe diese vielen Zeichen persönlicher Gebensens in gleich als Beweis treuer vaterländischer Gelinnung und Verbundenheit begriffen.
Mit besonderer Freude habe ich auch davon Kenntnis erhalten, daß der Ruf der Einigkeit und Opferbereitschaft die meisten alten kriegsbeschädigten Kameraden und ihre Hinterbliebenen in Fällen der Not bisher so legensreich geholfen hat, guten Widerhall gefunden und neue Mittel zu diesem Zweck erbracht hat. So danke ich denn heute vor ganzem Herzen allen, die meiner Gedächtnis und in meinem Sinne die Bedürfnisse Hilfe gebracht und die mich durch das Gedächtnis treuer Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes erfreut haben.
Wir stehen vor schweren Aufgaben. Nach außen ringen wir um unsere Freiheit und unser Recht, im Innern um Arbeit und Brot. Nach wie vor wird es mein Ziel sein, als gerechter Sachwalter des gesamten Volkes, über den Parteien stehend, alle Deutschen hierfür zusammenzuschließen. Ich baue dabei auf den gefundenen Sinn des deutschen Volkes, dessen Geschichte lehrt, daß es sich auch in früheren Zeiten der Not und Gefahr durch eine feste und von nationalem Willen geleitete Führung geliebt hat. Es geht nicht um die Anschuldigungen und Wäude von Personen, Gruppen und Parteien, es geht um das Vaterland, es geht um Deutschlands Zukunft! Dieser zu dienen, für sie Opfer zu bringen, muß der Wille jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau sein. Wie in diesem Lebensstadium zu wie hoch und tief, hat mir die beste Geburtstagsrede berichtet. In diesem Sinne: Vorwärts mit Gott!“

Sicherung des Wahlkampfes

Preussischer Rundrat.

Der preussische Inneminister weist in einem Rundrat die nachgeordneten Behörden auf den Inhalt der Weisungsanordnungen am 6. November auf folgendes hin:

„Die Polizei hat durch vorübergehende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Wahlveranstaltungen und der Wahl selbst ungehindert vor sich gehen. Allen Versuchen, Wahlveranstaltungen oder die Wahlhandlung zu stören, und dadurch die in der Weisungsanordnung erwähnte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, ist auf das schärfste entgegenzutreten.“

Die Versammlungs- und versammlungsbefreienden Bestimmungen der Weisungsanordnungen behalten auch während der Wahlzeit volle Geltung. Bei ihrer Anwendung ist alles zu vermeiden, was den Ansehen kleinlicher oder unterschiedlicher Handhabung hervorgerufen könnte.

Der in tadelloser und anständiger Rahmen gehaltene Wahlkampf darf nicht behindert werden. Gegen Verhörung und Terror, gegen Beschimpfungen und Verleumdungen ist dagegen von den zur Verfügung stehenden polizeilichen Handhaben in vollem Umfange tatkräftig Gebrauch zu machen.

Die Polizeiverwalter haben, sobald Anlaß zur Befürchtung besteht, daß es zu erheblichen Störungen kommen könnte oder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gebotenen Maßnahmen zu treffen und nötigenfalls rechtzeitig die Bestellung der erforderlichen Polizeikräfte zu beantragen. Bei Versammlungen größeren Umfangs, zu denen auswärtige Teilnehmer erwartet werden, ist auf geeignete Sicherung der Anmarschwege zu achten. Zur Überwachung und zum Schutze der Wahlpropaganda auf dem Lande eignen sich besonders Streifen der Landjäger auf Dienstreifenwegen. Von besonderer Bedeutung ist es, daß für den Fall unerwarteter größerer Ausweichungen an den zuständigen Schutzpolizeidienstorten genügend starke Polizeikräfte abgestellt sind.

Personen, die auf öffentlichen Straßen nicht mehr wie früher anmeldepflichtig. Soweit sie die Form des Aufzugs annehmen, wären sie wegen des damit zwangsläufig verbundenen politischen Charakters verboten. Im übrigen können sie gegebenenfalls von den Polizeibehörden befristet und verboten werden.

Im dem Rundrat wird dann weiter darauf hingewiesen, daß bei Störungen von Versammlungen durch politische Gegner, die sich frühzeitig in großer Zahl im Versammlungsort eingefunden haben, die Versammlung bei Befehlsanordnung ihres Hausrechts zu unterbinden sind. Die Auflösung der Versammlung muß immer das letzte Mittel sein. Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Wahlveranstaltungen — in heißt es dann weiter — haben sich auch

Schleppern zwecks Durchsicherung nach Waffen bei den Versammlungsbefehlern zu bemühen.“

Eine ernste und nachdrückliche Warnung muß an die Parteien und politischen Organisationen gerichtet werden, daß sie ihre Anhänger von Störungen und gewalttätigen Be-

hindernissen und Veranlassungen Anderer geistiger juristischer Parteien und Organisationen, deren Anhänger gleichwohl offenbar planmäßig die Verarmungsfähigkeit ihrer politischen Gegner in ungezügelter Weise behindern und stören, müssen damit rechnen, daß aus ihrem Verhalten möglicherweise auf Unfälle geschlossen werden kann, die ein vorübergehendes Verbot der von ihnen selbst geplanten Veranstaltungen rechtfertigen würden.

Bei Prüfung der Frage, ob bei Plakaten, Flugblättern und Flugzetteln der Tatbestand der Aufforderung oder Anreizung zu Gewalttätigkeiten gegeben ist, ist zu berücksichtigen, daß es nicht auf die Absicht des Verfassers, sondern auf den Eindruck ankommt, den der Durchschnittsleser erhält, und daß während dieses Wahltages der Fall der anreizenden Wirkung viel eher gegeben sein wird als in politisch ruhigen Zeiten.

Der Minister ermahnt die Landespolizeibehörden, die Führer der politischen Parteien und Organisationen in persönlicher Führung und mündlicher Besprechung auf die erlassenen Richtlinien hinzuwirken und zu ermahnen, daß auch von den Parteien alles geschieht, um Störungen des Wahlkampfes, Zusammenstöße und Ausschreitungen auszuschließen.

Auswärtiger Ausschuß einberufen

Ein Briefwechsel, der vorausging.

Berlin, 4. Oktober.

Auf heute vormittag 11 Uhr wurde der Auswärtige Ausschuß des Reichstages von seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Dr. Fried (Nat.-Soz.), einberufen. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht über die Lausanner Verhandlungen.

Vor der Einlegung des Termins hat zwischen dem Ausschuhvorsitzenden Dr. Fried und dem Reichsaussenminister Freiherrn von Neurath ein Briefwechsel stattgefunden. Dr. Fried hatte folgendes Schreiben an den Minister gerichtet: „Sehr geehrter Herr Minister! Verschiedene Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die Einberufung des Ausschusses beantragt. Ich möchte mir erlauben, daß die Reichsregierung selbst im Hinblick auf die schwierige außenpolitische Lage des Reiches Wert darauf legt, mit dem Auswärtigen Ausschuß in Fühlung zu treten, um womöglich eine Stütze für ihre Politik zu finden. Ich beabsichtige daher, den Ausschuß auf Dienstag, den 11. Oktober 1932, vormittags 11 Uhr einzuberufen mit der Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen in Lausanne, über die Abrüstungsfrage und über die Völkerverbundstagen.“

und bitte um Mitteilung, ob der Herr Reichsaussenminister bereit ist, in dieser Sitzung des Ausschusses zu erscheinen. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Fried.“

Der Reichsaussenminister hat darauf folgende Antwort erlassen: „Sehr geehrter Herr Dr. Fried! Mit bestem Dank beehre ich den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 29. v. M. Den Vorschlag eines politischen Gedankenaustausches zwischen der Reichsregierung und dem Auswärtigen Ausschuß will ich keineswegs in Abrede stellen.“

Zu meinem Bedauern bin ich jedoch nicht in der Lage vor dem Auswärtigen Ausschuß zu erscheinen, solange mich die Ihnen bekannte Frage der Teilnahme der Reichsregierung an den Ausschüssen des Reichstages geregelt ist.

Was den von Ihnen in Aussicht genommenen Termin betrifft, so darf ich ergehen darauf hinweisen, daß die Völkerverbundversammlung voraussichtlich am 11. Oktober noch nicht abgeschlossen ist, so daß — vorausgesetzt, daß die prinzipielle Frage geregelt wird — die Hinausschiebung des Termins zu empfehlen wäre. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. von Neurath.“

Fünf-Mächte-Konferenz

Frankreich und die kleine Entente sind dagegen.

Genf, 5. Oktober.

Im Flugzeug ist der englische Außenminister Sir John Simon nach London abgereist. Wie verlautet, wird Sir John Simon in Paris eine Reihe unterbreiten und eine Besprechung mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot haben.

In Genf bringt man diesen Pariser Aufenthalt Sir John Simons mit den Gerüchten über die Einberufung einer Mächtekonferenz über die Abrüstungsfrage zusammen.

In französischen Kreisen betont man hier immer wieder, daß eine solche Konferenz zunächst verfehlt sei. Frankreich stehe auf dem Standpunkt, daß die durch die deutsche Gleichberechtigungsforderung aufgeworfenen Fragen im Rahmen des Völkerverbundes behandelt werden müßten. Für die weitere Entwicklung der Abrüstungskonferenz seien die Organe dieser Konferenz, insbesondere der Hauptauschluß, dessen Einberufung für November geplant ist, entscheidend.

Ein führendes Mitglied der französischen Delegation erklärte Pressevertretern, daß die wichtigsten Fragen der Abrüstungskonferenz nicht ohne Hinzuziehung der Nachbarstaaten Deutschlands behandelt werden könnten.

Dieser französischen Auffassung wird von Seiten der kleinen Entente beifolgt. Die Vertreter dieser Staaten hätten eine Zusammenkunft, in der man sich klar gegen die Einberufung einer solchen Konferenz ausgesprochen haben soll.

Daß England der gegebene Vermittler in dem Abrüstungsstreit sein könnte, stand fest, seit der Versuch einer

unmittelbaren deutsch-französischen Auseinandersetzung am Widerstand der Pariser Regierung scheiterte. England hat diese ihm zukommende Rolle zunächst nicht benutzt, als es sich in seinem Abrüstungsmemorandum an Deutschland vollständig auf den französischen Standpunkt stellte. Inzwischen hat man in London wohl eingesehen, daß das ein schwerer politischer Fehler war und will sich bemühen, ihn gutzumachen. Wenn die englische Regierung vertritt, eine Konferenz über die Abrüstungsfrage in London zustande zu bringen, so ist das in der Tat der einzige Weg, auf dem man mit der Einberufung internationaler Verhandlungen in den Abrüstungsfragen kommen kann. Die Ereignisse der letzten Wochen machen es allerdings sehr zweifelhaft, ob dies Borgebot um die Abrüstungsfrage überhaupt stattfinden wird. Natürlich müßte die Abrüstungsfrage nach den bisherigen Erklärungen Englands und Frankreichs eine gewisse Sicherheit dafür gewinnen, daß man sie nicht auf einer Konferenz vor vollendete Tatsachen stellen, d. h. einer solchen Konferenz nach einer Verhandlung der eigentlichen Mächte voranschicken will. Aber es kann doch auch der Klärung der internationalen Verhältnisse nicht dienlich sein, wenn alle große Erörterungen dem englischen Vermittlungsplan in den Weg gestellt werden. Von deutscher Seite sind ganz konkrete Bedingungen — die Aufgabe des bisherigen englischen und französischen Standpunktes — für die Teilnahme an einer Konferenz genannt worden. Zur Klärung solcher Fragen gibt es den üblichen Weg privater und vertraulicher diplomatischer Gespräche. Man kann nur den Wunsch aussprechen, daß die andere Methode, öffentlich solche Voraussetzungen auszusprechen, nicht eine weitere Verfestigung herbeiführt.

Deutschland zur Konferenz eingeladen

Berlin, 5. Oktober.

Der englische Botschafter in Berlin übermittelte in einer Unterredung mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. von Bülow, die englische Einladung an die Reichsregierung zur Fünf-Mächte-Konferenz in London.

Neue Erklärung Boraht

„Ohne deutsche Gleichberechtigung — Genf eine Farce.“

Neurath, 5. Oktober.

Der amerikanische Senator Boraht erklärte, er hoffe, daß Deutschland doch einen Weg finde, um an den Generalkonferenzen teilzunehmen, da nur volle Zusammenarbeit aller großen Nationen zum Erfolg in der Abrüstung führen könne.

Davon abgesehen sei jedoch Deutschlands Forderung nach Gleichheit nicht nur natürlich, sondern vollkommen berechtigt.



er Alt

dem, 4. Oktober.

Die Regelung in der Weisungsanordnung empfindet man diese Art der Regelung als einen schweren Angriff und es ist damit zu rechnen, daß Gegenmaßnahmen ergreifen werden, wenn auch im Hinblick noch nicht feststeht, welcher Art diese sein werden. Bei der ganzen diplomatischen und wirtschaftlichen Situation, in der wir uns nachweislich befinden, sind wir gar nicht in der Lage die deutsche Devisenregelung von der Frage abhängig zu machen, ob wir mit einem anderen Staat mehr oder weniger befreundet sind.

In seiner gegenwärtigen Zwangslage kann Deutschland nur eine einseitige Regelung durchzuführen, die gegenüber allen anderen Ländern gleichmäßig gilt. Selbst wenn die Reichsregierung wollte, hat sie also gar nicht die Möglichkeit, mit Italien ein Kompromiß zu schließen, weil ein solches begrifflicherweise von allen anderen beteiligten Ländern ebenfalls in Anspruch genommen werden würde und damit den Charakter eines Kompromisses verlieren würde.

Kraftlos ist aber ein Entgegenkommen auch gar nicht möglich, weil es unsere Würde in Gefahr brächte, selbst wenn es nur zuzunehmen eines einzelnen Landes gelten sollte. Das Borgebot Italiens ist offenbar die Antwort auf die